

Wir können den Antrag in dieser Fassung nicht zustimmen, da die Resolution in Teilen völlig falsch ist und dies auch Nachweislich.

Im Vorfeld möchte ich sagen, dass sich hier die Ereignisse überschlagen und ich meine Rede tatsächlich neu überdenken musste.

Hier hat sogar, die in Teilen staatlich finanzierte Organisation „Correctiv“, sich inzwischen korrigiert, neben Strafrechtliche Ermittlungen gibt es sogar die ersten Unterlassungserklärungen die gerichtlich bestätigt wurden.

Correctiv beruft sich jetzt immer mehr auf Meinungen und keine Tatsachenbehauptungen mehr.

Zentrale Aussagen im Correctiv-Bericht werden übereinstimmend als zulässige Meinungsäußerungen und Redaktionelle Freiheit dargestellt. Offenbar weil viele Äußerungen nicht auf der Veranstaltung gefallen sind, sondern einordnende Wertung von Correctiv sind.

Das werden nun die Gerichte klären.

Wie titulierte die Berliner Zeitung am 26.02.2024?

Fiel die Regierung auf einen Bluff der Rechercheure rein?

Nein hier geht es nur darum die AfD zu diskreditieren.

Die Veranstaltung am 25.11.2023 in Potsdam war eine private Veranstaltung und keine Parteiveranstaltung der AfD. Es gibt weder eine organisatorische noch eine finanzielle Verbindung zur Alternative für Deutschland.

Die Alternative für Deutschland ist nicht verantwortlich für Vorträge oder sonstige Inhalte, die von Privatpersonen auf privaten Veranstaltungen gehalten werden. Eine pauschale Zurechnung solcher etwaig privat geäußerten Inhalte zur Alternative für Deutschland wird ausdrücklich zurückgewiesen.

Interessanter Weise stellt sich wohl gerade raus, dass mehr CDU Politiker Vorort waren als AfD Mitglieder.

1. Die Villa bzw. das Landhaus gehört einer Person, die zu diesem Zeitpunkt dem CDU-Vorstand in Potsdam angehörte und von dieser Person zur Verfügung gestellt wurde.

2. Es haben neben dem CDU Flügel Werteunion auch mehrere andere CDU-Politiker teilgenommen.
Sowie ein ehemaliger Oberbürgermeister der CDU aus Stendal.
3. Das Wort Deportation ist Nachweislich nicht gefallen dies darf
Correptive auch nicht mehr behaupten.

Die Politik in Hückeswagen steht nun mit Ihrem Antrag vor einem Dilemma
Die CDU war mit Gastgeber in Potsdam (Quelle MDR) und nun platzt auch noch
die Blase vor den Gerichten.

Die AfD Hückeswagen stimmt aber in Gänze zu, dass die demokratischen Werte
gegen Extremismus verteidigt werden müssen gegen die Demokratiefeinden.

Nur wir sollten bei der Wahrheit belieben und das ist die Trierer Erklärung nun
nicht mehr.

Wir bitten das diese Rede zu Protokoll genommen wird, der Schriftsatz wird
zur Verfügung gestellt.